

Auf dem Weg zur sozialen Stadt

Autor(en): **Schwegler, Marietherese**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **104 (2007)**

Heft 4

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Auf dem Weg zur sozialen Stadt

Die Städteinitiative Sozialpolitik gibt mit der Strategie 2015 «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln» die Richtung für ihre künftige Arbeit vor. Neu sind der thematisch breite Ansatz für eine umfassende Integrationspolitik und der Anspruch, stärker als bisher die Ebenen Stadt, Kanton und Bund zu vernetzen.

Die sozialpolitische Debatte polarisiert – nicht nur in den Medien – und wird der sozialen Wirklichkeit nicht gerecht. Sie vereinfacht, reduziert auf Einzelfälle, Missbrauch und Kosten, statt strukturelle Probleme zu benennen:

- Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse können Einkommensschwäche, Armut und Desintegration zur Folge haben;
- Bildungschancen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind ungleich verteilt;
- Kosten für die soziale Sicherung werden zunehmend von den Sozialversicherungen, zum Beispiel der Arbeitslosenversicherung, auf die Sozialhilfe und damit auf die Kommunen verlagert;
- die soziale Sicherung wird in Einzelsystemen statt als Gesamtes betrachtet; eine

vernetzte Weiterentwicklung fehlt;

- Investitionen in Prävention haben gegenüber kurativen Massnahmen zu wenig Gewicht.

Nachhaltige Gesamtpolitik

In den Städten, wo zwei Drittel der Bevölkerung leben, stellen sich die Probleme akzentuierter als in ländlichen Gebieten. Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich die Aufgabe gestellt, Leitlinien für eine künftige Politik zu formulieren, die vorausschauend und nachhaltig sein soll. Sie legt ein Strategiepapier vor, das in der Vernehmlassung ein positives Echo fand und an der Herbstkonferenz verabschiedet wurde (siehe Box unten).

Die Sozialdirektorenkonferenz (SODK), die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und die SKOS unterstützen die Strategie 2015.

Die Strategie 2015 stellt neben die Existenzsicherung ein gleichwertiges zweites Ziel: eine konsequent präventive, nachhaltige und umfassende Integrationspolitik, die mehr ist als Ausländerpolitik. Gesellschaftliche Integration wird zum Schlüsselbegriff. Die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben sind so zu gestalten, dass sie präventiv gegen sozialen Ausschluss und Armut wirken (siehe Box rechts).

Die soziale Stadt

Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert dafür, das Soziale in der Stadtentwicklung künftig stärker zu gewichten. Alle Politikfelder – Gesundheit, Bildung, Arbeiten, migrationspezifische Integrationspolitik, Bauen und Wohnen, Umwelt, Soziales und Alter – müssen vermehrt kooperieren, um das Modell einer sozialen Stadt umzusetzen. Für die Lebens- und

Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln

Die Städteinitiative Sozialpolitik, der rund 50 Schweizer Städte angehören, hat an der Konferenz vom 9. November 2007 die Strategie 2015 «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln» verabschiedet. Sie öffnet den Fokus auf eine integrierende Gesamtpolitik und will sich auch mit den Kantonen besser vernetzen. Als Gastreferent hat sich der Solothurner Regierungsrat Klaus Fischer, Vorsteher des Departements Bildung und Kultur, im Namen des Vorstands der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) dezidiert hinter die von den Städ-

ten geforderte Integrationspolitik und Kooperation gestellt. «Die EDK be-grüssst diese Strategie. Die Schule ist zwingend angewiesen auf andere Politikfelder, auf die Sozialpolitik ganz besonders», sagte Fischer, «denn das soziale Lernumfeld ist bedeutend für den Schulerfolg».

«Gemeinsamkeit erproben»

In dem von SKOS-Präsident Walter Schmid moderierten Podiumsgespräch forderte Ruedi Meier, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, jetzt in eine soziale Zukunft zu investieren und einen Qualitäts-

sprung zu machen, denn der finanzielle Handlungsspielraum sei vorhanden.

Die Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker forderte einen institutionalisierten Dialog über alle drei staatspolitischen Ebenen. «Wenn wir nicht andere Prozesse der Zusammenarbeit finden, läuft uns die Zeit davon.» Klaus Fischer betonte, dass gesellschaftliche Integration eine Verbundaufgabe über alle Politikfelder hinweg sei. Obwohl die starren Strukturen schwer zu überwinden seien, forderte er dazu auf, «Gemeinsamkeit zu erproben».

Standortqualität ist die gesellschaftliche Integration zentral. Da zeigt sich, wie das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen gelingt, ob Konflikte unter Jugendlichen konstruktiv gelöst werden oder in Gewalt ausarten, wie kinderfreundlich das Wohnumfeld ist. Die langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erträge von Investitionen in eine soziale Stadt dürfen nicht unberücksichtigt bleiben, wenn Kostenwahrheit verlangt ist.

Daneben hält die Städteinitiative Sozialpolitik an der klassischen sozialpolitischen Aufgabe der Existenzsicherung fest. Sie sieht Ergänzungsleistungen als geeignetes Modell, um andere Armutsrisiken wie Kinder haben, Frührentierung und Pflegebedürftigkeit aufzufangen. Zur Sozialhilfe stellt die Städteinitiative fest, dass viele Vorurteile auf Unkenntnis beruhen. Sozialhilfe leistet einen professionellen Beitrag dazu, Menschen wieder zu einer selbstständigen Existenzsicherung zu verhelfen. Die Leistungen und Wirkungen müssen aber besser kommuniziert werden.

Frühförderung stärken

Die Integrationsziele der Strategie 2015 lassen sich nur im Verbund erreichen. Die Städteinitiative sucht deshalb eine stärkere Vernetzung innerhalb des Schweizerischen Städteverbands, aber auch vermehrt die vertikale Kooperation: mit den Kantonen und dem Bund. Sie verlangt dazu konkret eine nationale Plattform für die Entwicklung einer stringenten Sozialpolitik – ein Pendant zur Organisation, die es für die Gesundheitspolitik bereits gibt.

Integration – den Begriff erweitern

In der Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik wird «Integration» zum Schlüsselbegriff. Er steht für die Vision einer sozialen Stadt, in der Bewohnerinnen und Bewohner sich gesellschaftlich, beruflich und kulturell beteiligen. Einer Stadt mit Raum für eine Vielfalt von Menschen und Gruppen, die unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen können. Einer Stadt, die auch den Schwächeren Chancen bietet. Integration als Bild für Zugehörigkeit, Akzeptanz und Gleichwertigkeit, Integration als Prävention gegen sozialen Ausschluss.

Dies erfordert eine nachhaltige Politik, die den sozialen und den gebauten Lebensraum so gestaltet, dass er dem Zusammenleben von Kindern und Berufstätigen,

Jungen und Alten, Menschen mit und ohne Schweizer Herkunft förderlich ist. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine integrierte Stadtentwicklung als Verbundaufgabe, die Bildung und Soziales, Gesundheit und Freizeit, Wirtschaft und Finanzen, Bauen, Kultur und Mobilität mit einschliesst und der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

Heute wird Integration assoziiert mit Zugewanderten oder mit behinderten Menschen. In der Sozialhilfe meint Integration vor allem die Möglichkeit für alle, beschäftigt zu sein – mit Erwerbsarbeit oder gemeinnütziger Arbeit. Die Städteinitiative Sozialpolitik will diesen eng verstandenen Begriff öffnen.

Die zahlreichen Programmpunkte der Strategie und der Zeithorizont bis 2015 verlangen nach einer Priorisierung, die auch die begrenzten Ressourcen der Städteinitiative berücksichtigt. Ein erster thematischer Schwerpunkt ist die Integrationsförderung für Kinder, ein optimales Feld für Prävention, die so früh als möglich im Lebenslauf ansetzen soll. Der Frühbereich, dem Stichworte wie Krippen, kinderfreundliches Wohnumfeld, gesunde Entwicklung ab Geburt oder niederschwellige Elternberatung zuzuordnen sind, ergibt ein optimales Übungsfeld für die geforderte horizontale und vertikale Kooperation. Die Politikfelder Gesundheit, Bildung, Soziales und Finanzen sind angesprochen; gesetzgeberisch sind

die Kantone zuständig, ausführend die Städte.

Da es wenig Erfahrung mit solch komplexer vertikaler und horizontaler Zusammenarbeit gibt, möchte die Städteinitiative mit einem Pilotprojekt den Versuch wagen, neue Gefässe der Zusammenarbeit und Projektstrukturen zu entwickeln. Sie hofft, dass sich für das Experiment ein interessierter Kanton und eine interessierte Stadt finden. ■

Marietherese Schwegler

Informationsbeauftragte der Städteinitiative Sozialpolitik

Das Dokument «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln. Städteinitiative Sozialpolitik: Strategie 2015» kann heruntergeladen werden unter www.staedteinitiative.ch